



Regierungsratsbeschluss vom 06. Januar 2021

Coronavirus (Covid-19); Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF; Änderung der Verordnung über Massnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19) (Covid-19 Verordnung Arbeitslosenversicherung); Vernehmlassung

P201406

BER WSU vom 11.12.2020

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF.

Begründung

Der Regierungsrat stimmt der vom Bundesrat vorgesehenen Änderung der Covid-19-Verordnung Arbeitslosenversicherung ohne Vorbehalt zu. Er begrüsst einerseits eine Ausweitung des Anspruchs auf Kurzarbeitsentschädigung für Personen in befristeten Arbeitsverhältnissen und Lernende und andererseits die Aufhebung der Karenzzeit und ferner die Wiederaufnahme der Nichtberücksichtigung der Arbeitsausfälle von über 85 Prozent der normalen betrieblichen Arbeitszeit. Mit den geplanten Verordnungsänderungen sollen die Auswirkungen der verstärkten behördlichen Massnahmen für Unternehmen und Arbeitnehmende möglichst abgedeckt werden

